



Mitreden

So gelingt kommunale Bürgerbeteiligung

Autor SGK Hessen

„Wenn die mittlerweile Allgemeingut gewordene Interpretation stimmt, dass die Kommunen in vielfacher Hinsicht die Versuchslabore unterschiedlichster gesellschaftlicher Entwicklungen sind und sie somit einen relevanten Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung unserer Demokratie leisten, dann gilt die insbesondere für das Thema Bürgerbeteiligung.“

Mit diesem Kernsatz leiten die beiden Herausgeber*innen und Autor*innen Kirsten Fründt (SGK Landesvorsitzende) und Ralf Laumer (Büroleiter der Landrätin des Landkreises Marburg-



Biedenkopf) das jetzt im BÜCHNER Verlag herausgegebene Buch „Mitreden – so gelingt kommunale Bürgerbeteiligung, ein Ratgeber aus der Praxis“ ein. Und der Titel verspricht nicht zu viel: Zwanzig Autorinnen und Autoren geben im ersten Teil des Buches einen Überblick über die Grundlagen, berichten im zweiten Teil über Praxisprojekte und reflektieren im dritten Teil über Konzepte, die über den Status quo hinausgehen.

Es geht um die Kommune der Zukunft, um einen Kulturwandel, „der die DNA der Kommunen“ verändern wird. Das Buch liest sich fast wie ein Krimi, der die Praxisprojekte aus unterschiedlichen Kommunen unterschiedlicher Größe und Verfasstheit beschreibt. Von einem Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf in Halle bis zum Landkreis Marburg-Biedenkopf, der mit seinem Bürgerdialog Biodiversität schon mehrere Preise erungen hat.

Und es geht weiter. Am Ende beschreibt das Buch den Weg in die Zukunft – mit offenem Ausgang. Wenn wir Bürgerbeteili-

Inhalt

Starke Kritik am
Starke-Heimat-Gesetz

Digitalisierung
der Kommune

Der Digitalpakt
aus Elternsicht

Niestetals wertvollster
Quadratmeter

Landfrust? Landlust!

Weitere Bildungsangebote
der AfK Hessen

gung und Open Government realisieren wollen, dann müssen alle umdenken: die Bürger*innen, die Verwaltung und nicht zuletzt die Kommunalpolitiker*innen.

Kirsten Fründt, Ralf Laumer (Hg.)
Mitreden. So gelingt kommunale Bürgerbeteiligung – ein Ratgeber aus der Praxis

Herausgegeben im Auftrag der Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V., BÜCHNER-Verlag, 234 Seiten, kartoniert 14,5 x 20,5cm, 18 Euro, ISBN 978-3-96317-158-1



Kirsten Fründt bei der Vorstellung des Buches

Foto: Michael Siebel

Weitere Veranstaltungen der SGK Hessen

Außerschulische politische Bildung

Freitag, den 25. Oktober 2019,
ab 14.00 Uhr, Theater am Pariser Hof,
Spiegelgasse 9, 65183 Wiesbaden
mit **Heike Habermann**, Verbands-
vorsitzende des Hessischen Volks-
hochschulverbandes e.V. und
ehemalige bildungspolitische
Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
Dr. Klaus Hurrelmann, Professor of
Public Health and Education Hertie
School of Governance

Moderation: Michael Siebel,
Geschäftsführer der SGK Hessen

EU-Wasserrahmenrichtlinie Montag, den 28. Oktober 2019,

ab 18.30 Uhr, in Wiesbaden
Referenten*innen
Mark Weinmeister, Staatssekretär
für Europa
Weitere Referenten*innen sind
angefragt!



Erste Tagung des AK Kommunalpolitik in Alsfeld

Vehemente Kritik am Starke-Heimat-Gesetz

„Das ist so, als pflückt man Blumen im Garten der Nachbarn und schenkt sie der Nachbarin zum Geburtstag“

Autor Michael Siebel, Geschäftsführer SGK Hessen e.V.

„Auf die Idee, einen rein administrativen Gesetzentwurf zur Regelung von Finanzströmen zwischen Land und Kommunen zum ‚Heimatprogramm‘ zu erheben, muss man erst einmal kommen“, sagte die SGK Vorsitzende Kirsten Fründt zu Beginn des AK Kommunalpolitik der SGK Hessen, der am 30. August erstmals stattfand. Zentraler Punkt der Konferenz war das sogenannte „Starke-Heimat-Gesetz“ der Hessischen Landesregierung.

Die Fakten:

- Städte und Gemeinden müssen von ihren Einnahmen aus der Gewerbesteuer eine Gewerbesteuerumlage abführen, die sich bis einschließlich 2019 auf 64 Prozent beläuft.
- Darin enthalten war bisher ein sogenannter Bundesvervielfältiger von 29 Prozentpunkten, den die westdeutschen Kommunen zum Länderfinanzausgleich seit der Wiedervereinigung besteuern mussten.
- Diese Regelung im Gemeindefinanzreformgesetz des Bundes läuft zum 31.12.2019 aus, sodass sich die zu zahlende Gewerbesteuerumlage auf 35 Prozent reduzieren müsste.

- Für das Jahr 2020 ist prognostiziert, dass Hessens Städte und Gemeinden über rund 400 Millionen Euro verfügen sollten.
- Finanzminister Schäfer will nun für

- alle hessischen Städte und Gemeinden eine sogenannte „Anschlussregelung“ schaffen.
- Der eigentlich wegfallende Umlageanteil von 29 Prozent wird mit

drei Vierteln, nämlich 21,75 Prozent, als neue Heimatumlage mit einem erwarteten Aufkommen von 300 Millionen Euro erhoben und somit fortgeführt.

- Ein Viertel, also 100 Millionen Euro, soll in den Kassen der Städte und Gemeinden bleiben.
- Mit der Heimatumlage soll das Programm „Starke Heimat Hessen“ finanziert werden.
- Zwei Drittel der Heimatumlage, also 200 Millionen Euro, sollen vom Land für kommunale Einzelmaßnahmen in den Bereichen
 - Kinderbetreuung,
 - Krankenhausinvestitionen,
 - Verwaltungskräfte im Schulbereich
 - ÖPNV und
 - Digitalisierung
 verteilt und verwendet werden.
- Ein Drittel der Heimatumlage, also 100 Millionen Euro, soll zur Aufstockung des KFA genommen werden.

Das Vorhaben der hessischen Koalitionäre sei ein in Deutschland einmaliger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Der Grund: Das Geld, das das Land den Kommunen über die neue Heimatumlage wegnimmt und für Aufgaben umverteilt, müsste das Land eigentlich selbst aufbringen. Jürgen Dieter vom Hessischen Städtetag führte aus, dass:

Lesen Sie weiter auf Seite IV



Prof. Dr. Jan Hilligardt, Hessischer Landkreistag, Nancy Faeser, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V., Jürgen Dieter, Direktor Hessischer Städtetag (v. l.)

Fotos (2): SGK Hessen e.V.



Nancy Faeser kandidiert außerdem am 2. November auf dem Parteitag der hessischen SPD als Landesvorsitzende
Foto: SPD-Landtagsfraktion

„Wir müssen konkret machen, was wir verbessern wollen“

Nancy Faeser ist neue SPD-Fraktionsvorsitzende

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat am 4. September mit großer Mehrheit Nancy Faeser zu ihrer neuen Vorsitzenden gewählt. Sie erhielt von den 28 anwesenden Abgeordneten 27 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme. Die Wahl war erforderlich geworden, weil Thorsten Schäfer-Gümbel, der die Fraktion mehr als zehn Jahre lang geführt hatte, aus dem Landtag ausgeschieden ist. Er wechselt am 1. Oktober in den Vorstand der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

„Die Fraktion hat sich eindeutig zu Nancy Faeser als neuer Vorsitzenden bekannt. Sie kann jetzt mit einem überzeugenden Vertrauensvotum in ihr neues Amt gehen und das Profil der Sozialdemokratie im Hessischen Landtag weiter schärfen. Wir alle

freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Nancy Faeser, die politischen Gestaltungswillen mit einer enormen fachlichen und menschlichen Kompetenz verbindet. Unser gemeinsames Ziel ist es, mit Nancy Faeser an der Spitze den Regierungswechsel in Hessen 2024 zu vollziehen“, gratulierte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph der frisch gewählten Vorsitzenden im Namen der Fraktion.

In ihrer kurzen Ansprache drückte Faeser ihre Dankbarkeit gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen für das ihr entgegengebrachte Vertrauen aus. Auf sie warte nun viel Arbeit, die sie mit Freude und Zuversicht angehe. „Wir müssen uns als SPD ein Stück weiterentwickeln von der Partei des sozialen Ausgleichs hin zu der Partei

des sozialökologischen Ausgleichs und wir müssen ganz konkret machen, wie und in welchen Bereichen des alltäglichen Lebens wir für die Menschen etwas ändern möchten“, erklärte Faeser. „Ihr Zusammenleben wird dort organisiert, wo sie leben und dort müssen wir ihnen auch zeigen, dass wir für sie Verbesserungen erreichen wollen.“

Großstädte, Kleinstädte, Dörfer und Landkreise hätten ganz unterschiedliche Interessens- und Problemlagen, würden aber geeint durch eine Landesregierung die sie alle schlecht behandle. Hier will Faeser ansetzen, sich für die Kommunen stark machen und ihnen wieder mehr Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand geben.

„bekommen“, forderte Gnadl. Während noch im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün angekündigt wurde, dass das Land auf jeden Euro, den es für den Ausbau der Kinderbetreuung vom Bund bekomme, einen weiteren drauflegen werde, sehe die Realität anders aus. „Mit der Weiterführung der Gewerbesteuerumlage leiten Sie kommunales Geld in den Landeshaushalt um, das Ihnen gar nicht zusteht“, kritisierte Gnadl die Landesregierung. Wenn Schwarzgrün wirklich etwas an der Verbesserung von Kitas und Tagespflege läge, würde sie nicht nur das Geld von anderen ausgeben, sondern eigenes Geld in die Hand nehmen, so der Vorwurf. So aber feiere die Hessische Landesregierung ein großes Kita-Fest und lasse andere die Rechnung zahlen.

Kommunen bei Kita-Politik unterstützen

Landesregierung darf sich nicht länger wegducken



Lisa Gnadl Foto: Angelika Aschenbach

Die Landesregierung müsse endlich mehr Landesmittel in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren, forderte die sozial- und familienpolitische Sprecherin Lisa Gnadl in der Aktuellen Stunde der SPD zum Gute-Kita-Gesetz. „Gute Kinderbetreuung ist wichtig, damit alle Kinder die gleichen Chancen bekommen und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniert“, erklärte sie dazu. Während der Bund mit dem Gute-Kita-Gesetz seine Verantwortung wahrnehme, ducke sich die Landesregierung weg. „Die Kommunen, die oft durch die Kinderbetreuungskosten überlastet sind, müssen wieder mehr Spielraum

Schwarz-Grün hat weitere Chance vertan

SPD-Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird in Dritter Lesung abgelehnt

Günter Rudolph hat unmittelbar vor der Dritten Lesung des SPD-Gesetzentwurfs zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge Schwarzgrün erneut aufgerufen, endlich zur Vernunft zu kommen. „Über 70 Bürgerinitiativen und unzählige Resolutionen aus den kommunalen Vertretungskörperschaften machen deutlich, dass die derzeitige Gesetzeslage, die die Möglichkeit zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge erlaubt, ungerecht war, ist und bleibt“, erklärte er mit Nachdruck. Soziale Härten, wonach Bürgerinnen und Bürger zehntausende von Euro für Straßenausbaubeiträge zahlen müssen, seien unzumutbar. „Die Anhörung des Hessischen Landtags hat das eindrucksvoll belegt“, so Rudolph. Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf, wonach die Kommunen 60 Millionen Euro zur Sanierung von maroden Straßen durch das Land erhalten sollen, sei eine vernünftige, praktikable und auch finanzierbare Forderung. „In namentlicher Abstimmung haben wir heute von allen Abgeordneten verlangt sich klar zu entscheiden. Leider haben die Abgeordneten der CDU und Bündnis 90/Die Grünen den eindeutigen Bürgerwillen ignoriert und den Entwurf abgelehnt“, sagte Rudolph. Die SPD-Fraktion werde jedoch nicht lockerlassen und weiter für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge streiten.



Günter Rudolph Foto: Angelika Aschenbach

Weiter von Seite II

1. unnötige und zusätzliche Bürokratie aufgebaut wird,
2. die Aktion ein erneuter Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung sei und
3. das Land mit Mitteln, die den Kommunen zustehen, Dinge finanziert, die aus originären Landesmitteln finanziert werden müssten.

Dazu gehört der Ausbau der Digitalisierung, der Ausbau des ÖPNV, die Finanzierung von Schulen und die Krankenhausfinanzierung.

All das seien gravierende Einschnitte in ein etabliertes und an sich funktionierendes Finanzausgleichssystem. Wer das tut, müsse wichtige Gründe für sein Handeln aufweisen können.

Nancy Faeser führte aus, dass die Gewerbesteuerumlage grundsätzlich eine Solidaritätsumlage war. Das Land gibt sie nicht an die Kommunen zurück, sondern finanziert damit seine eigenen Aufgaben, wie beispielsweise die Finanzierung von Verwaltungskräften an Schulen. Das Gleiche gelte für die Krankenhausfinanzierung. „Mir wäre wichtig, dass es uns gelingt, das jetzt auch so kommunikativ runter zu brechen, dass den Menschen im Land klar wird, was für ein Skandal sich da gerade abspielt“, so Faeser. „In meinen Augen ist das der ganz klare Versuch des Landes, sich für die nächsten Jahre der eigenen finanziellen Notwendigkeiten zu entledigen“.

Prof. Dr. Jan Hillgardt vom Hessischen Landkreistag brachte es auf den Punkt: Auch wenn die Landkreise weniger heftig protestieren werden als Städte und Gemeinden, mit diesem Gesetz werden Wahlversprechen erfüllt und das zu Lasten der Kommunen.

IMPRESSUM**Verantwortlich für den Inhalt:**

SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

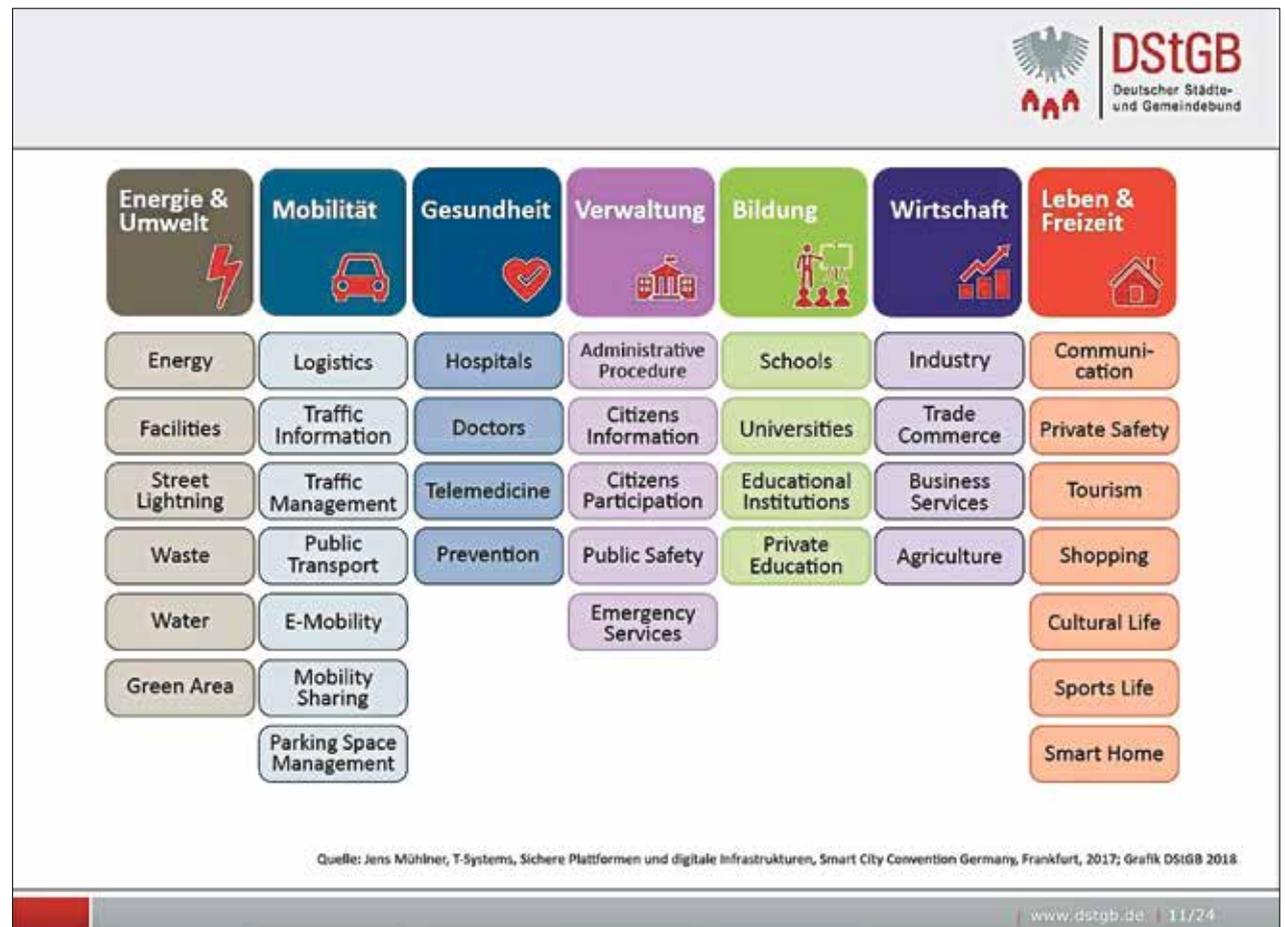
Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Digitalisierung der Kommune

Strategie als Voraussetzung für den Erfolg

Autor Michael Siebel, Geschäftsführer SGK Hessen



Aus dem Vortrag von Andreas Handschuh, Deutscher Städte- und Gemeindebund

90 Prozent der Kommunen sehen in der Digitalisierung eine große Chance, aber gleichzeitig haben ebenso viele der Kommunen keine Digitalisierungsstrategie. Aus diesem Grund hatte die SGK Hessen am 12.8.2019 zu einer Veranstaltung zum Thema „Digitalisierung der Kommune“ nach Marburg eingeladen. Als Referenten standen Alexander Handschuh vom Städte- und Gemeindebund und die SGK-Vorsitzende und Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Kirsten Fründt, zur Verfügung.

Alexander Handschuh unterstrich in seinem Referat, dass eine Strategie Voraussetzung sei, um arbeiten zu können. „Machen Sie eine Strategie, aber keinen Masterplan. Denn es ändert sich so viel und das in immer kleiner werdenden Zeitintervallen“, so Handschuh. Seit 2017 seien die Innovationszyklen auf zwei Jahre geschrumpft. Wolle man die Digitalisie-



Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebunds bei der SGK Hessen

Foto: Michael Siebel

rung angemessen bearbeiten, müsse man das im Blick haben.

Zwei zentrale Thesen stellte Alexander Handschuh heraus.

Erstens: Digitalisierung ist kein technisches, sondern ein strategisches Thema. Es geht um Selbstverständnis, Organisationsentwicklung und Bruch mit etablierten Mustern.

Zweitens: Die Digitalisierung wird analog gestaltet. Das heißt, dass immer der Mensch im Mittelpunkt steht, wir ein permanentes Veränderungsmanagement brauchen und viel kommunizieren müssen. Digitalisierung bedeutet einen bewussten Kulturwandel in den Kommunen und deren Verwaltungen.

Übergreifende Gestaltung

Und – die Verwaltung wird nicht alles alleine machen können. Deshalb wird „Co-Creation“ notwendig sein. Digitalisierung wird Hand in Hand mit Akteuren außerhalb der Verwaltung zu gestalten sein, um ressourcenschonend und kostensparend gestaltet zu werden.

„Ich bin sicher, wir brauchen entweder mehr Mitarbeiter*innen oder effizienteres Arbeiten“, so Handschuh. Als Beispiel für Projekte der gelungenen Digitalisierung nannte er die Verknüpfung von Verkehrsdaten mit den Leitstellen und der Ampelschaltung. So könnten Einsätze von Rettungsfahrzeugen sicherer und schneller gefahren werden und der Verkehrsfluss optimiert werden. Solche Datenzusammenführungen könnten auch eine „real map“ generieren: eine Karte, mit der mobilitäts eingeschränkte Menschen barrierefrei von A nach B kommen.

Beispiel Marburg-Biedenkopf

„Marburg-Biedenkopf hat eine Strategie“, eröffnete Kirsten Fründt ihren Beitrag. In ihrem Landkreis sei klar, dass Gestalten vor Verwalten stehen muss. „Wir benutzen nicht mehr so gerne den Begriff Digitalisierung. Wir sagen lieber: ‚Gestalten des gesellschaftlichen Wandels‘.“ Deshalb sei auch für sie klar, dass Digitalisierung kein Selbstzweck sei. Sie müsse dem Menschen dienen und deshalb würden die Bürgerinnen und Bürger auch frühzeitig eingebunden. Dabei

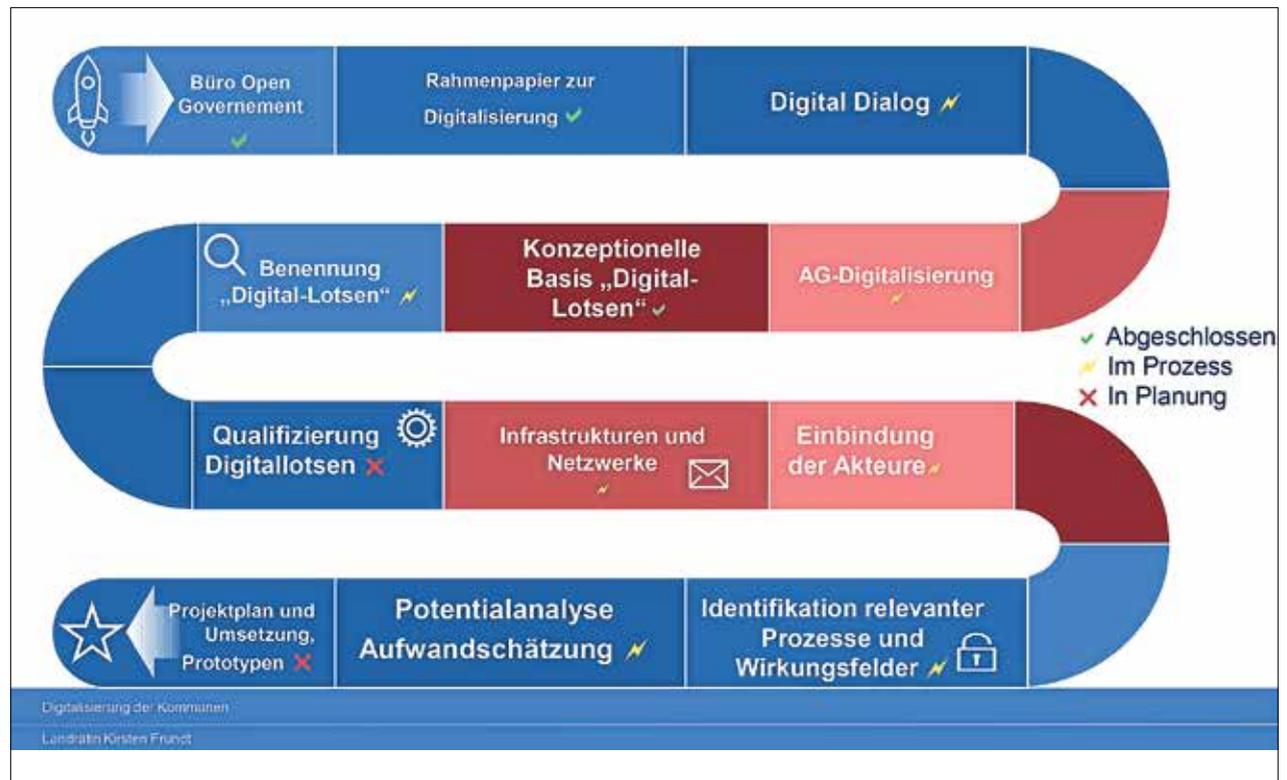


Foto: Michael Siebel

gehe es ihr um Nachhaltigkeit, Befähigung und IT-Sicherheit.

„Das Allerwichtigste ist, dass die Grundvoraussetzung für unsere Digitalisierungsstrategie der von uns eingeleitete Open-Government-Prozess ist“, sagte Landrätin Fründt. Und dieser sei transparent, beruhe auf Beteiligung und Zusammenarbeit.

Transparenz heißt beispielsweise eine Infothek, das Rathausinformationssystem und ein share point, der eingerichtet wurde. Beteiligung heißt, dass ein Beteiligungskataster eingerichtet wurde, es ein Ideen- und Beschwerdemanagement gibt und Formulare mit den Betroffenen entwickelt wurden. Zusammenarbeit bedeutet, dass eine Geodateninfrastruktur aufgebaut wurde und die Bauleitplanung entsprechend aufbereitet wurde. Baugenehmigungen können jetzt schneller erteilt werden.

„Um all das auf den Weg zu bringen habe ich einen CDO (chief digital operator) eingerichtet. Sein Job ist, die Digitalisierung in den Landkreis zu bekommen. Aber er macht das nicht alleine“. Deshalb werden jetzt Digitalisierungslotsen ausgebildet, die Spezialisten in ihrem Umfeld sind, die ihre Projekte kennen und auch die Bedenken der Menschen. Damit erreichen wir ein Abwägen zwischen den Chancen und Risiken der Digitalisierung.

Der Digitalpakt aus Elternsicht

Herausforderungen, Chancen und viele Fragen bei der Digitalisierung in Hessen

Autor Korhan Ekinci, Vorsitzender des Landeselternbeirats von Hessen

Die hessische Landesregierung hat den Digitalpakt vorgestellt. Die Bundesmittel werden in Hessen durch Landesmittel aufgestockt und auch die Schulträger sollen weitere Mittel beitragen. Die Finanzierung scheint zumindest kurzfristig geklärt zu sein, auch wenn hier und da noch Fragen offen sind. Wie sieht es beispielsweise mit Schulträgern aus, die finanzschwach sind oder unter dem Rettungsschirm stehen? Es wäre nicht das erste Programm, an dem gerade finanziell schwache Schulträger nicht teilnehmen können, weil sie ihren Anteil nicht stemmen können. So wie beim Landesprogramm „KIP macht Schule“, bei dem immerhin 25 % Eigenanteil bei der Sanierung von Schulgebäuden verlangt wird. Die daraus resultierende soziale Ungerechtigkeit gilt es zu verhindern, sonst wird der Abstand der Schulangebots zwischen finanzstarken und eben finanzschwachen Regionen größer. Die Bildungsqualität darf nicht vom Wohnort abhängig sein. Außerdem stellt sich auch die Frage, wie die Finanzierung weiter geht, wenn die Gelder aus Berlin nach dem Projektende nicht mehr ins Land fließen. Wie werden Wartung und Pflege, Weiterentwicklung und Neuanschaffung digitaler Endgeräte und Software weiter finanziert?

Voraussetzungen

Nachdem also die Finanzierung für den Anfang sichergestellt ist, muss die Frage gestellt werden, was Digitalisierung in der Schule eigentlich bedeutet. Es gilt nun, Konzepte aufzustellen, die der Bildungsqualität und dem Bildungserfolg weiterhelfen. Es ist keineswegs ausreichend einfach Tablets zu kaufen und es den Schulen und Lehrkräften zu überlassen, was damit gemacht wird. Seien wir ehrlich! Digitalisierung hieß in der Vergangenheit, dass Smartboards, Beamer und Tablets angeschafft, aber in dem meisten Fällen nie richtig benutzt oder in den Unterricht integriert werden.

Was brauchen Schulen, also Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern

eigentlich? Tatsächlich können digitale Endgeräte viele Ansprüche erfüllen. Lehrmittel wie Bücher könnten digital bereitgestellt werden, statt auf Papier. Lernplattformen könnten Wissen spielerisch vermitteln und so eine Alternative im Lernalltag bieten. Wissensvermittlung entsprechend aller verschiedenen Lerntypen wäre dann in einem breiten Spektrum möglich. Doch es gibt noch viele ungeklärte Fragen!

Hard- und Software

Wie entscheiden wir, welche Endgeräte angeschafft werden können? In den vergangenen Jahren haben große Firmen wie Apple und Microsoft immer wieder Zugang zu den Schulen gesucht. Der Vorteil für die Unternehmen liegt auf der Hand. Man gewöhnt Menschen schon im Kindesalter an ihre Produkte, sodass sie später im Studium und Beruf zu treuen

Kunden werden. Die Ausschreibung der Endgeräte muss also viel mehr als den reinen Kaufpreis berücksichtigen. Wir müssen Soft- und Hardware finden, die herstellerunabhängig, also auch jederzeit austauschbar ist.

Die Endgeräte sind das eine, das andere ist der Einsatz von Software wie Lernplattformen. Eine gute Lernplattform nimmt den Lehrkräften und Schüler*innen viel ab. So können unter anderem Lernmaterialien bereitgestellt, individuelle Aufgaben gestellt und Lernerfolge gemessen werden. Selbst Prüfungsleistungen können mit guten Lernplattformen abgenommen werden. An Hochschulen sind das bereits bekannte Instrumente im Lernalltag. Auch hier gilt es wachsam zu sein. Die Daten unserer Kinder sind heiß begehrt. Schon im frühen Alter werden Profile erstellt und umfangreiche Daten gesammelt. Diese Daten

sind für Unternehmen sehr wertvoll. Es muss also dafür gesorgt werden, dass keine individuellen Daten den (virtuellen) Klassenraum verlassen. Insgesamt kommt aus elterlicher Sicht in der Diskussion das Thema Datenschutz noch viel zu kurz.

Soft- und Hardware müssen gepflegt, gewartet und immer wieder neu beschafft werden. Bundesweit gab es in der Vergangenheit dazu verschiedene Konzepte. An manchen Schulen wurden Eltern akquiriert und an anderen mussten Lehrer*innen die Wartung übernehmen. Die einzige praxistaugliche Lösung besteht darin die Wartung auf professionelle Dienstleister auszulagern. Hierbei gilt es einige Rahmenbedingungen einzuhalten: Die Reaktionszeit bei Problemen muss so kurz sein, dass der Schulbetrieb im Störfall nicht behindert wird. Lösungen, bei denen Mitarbeiter*innen in der Schule jedes einzelne Gerät in die Hand nehmen und Einstellungen vornehmen, sind nicht praktikabel. „Fernzugriff“ lautet hier das Zauberwort. Dienstleister müssen entsprechend fachlich professionell ausgebildet sein. Die Idee, das Land könnte dieser Anforderung mit Kompetenzzentren selbst gerecht werden, ist angesichts des Fachkräftemangels in der IT nicht realistisch.

Infrastruktur schaffen

Ein wesentlicher Bestandteil der Digitalisierung an den Schulen muss auch die Anbindung der Schulen und der Klassenzimmer ans Internet sein. Aktuell ist dies an den wenigsten Schulen der Fall, es fehlt schlicht an Infrastruktur. Es wird sich zeigen, ob das neu gegründete „Digitalministerium“ dieser Herausforderung mit einem sinnvollen Konzept begegnen wird. Fest steht, dass an den meisten hessischen Schulen ein Umbau notwendig sein wird. „Ohne WLAN kein Internet“, heißt es meist. Ob das neue 5G Netz uns eine Lösung bietet, wird die Zukunft zeigen. Das neue schnelle Mobilfunknetz wurde bisher konzeptionell nicht berücksichtigt.



Korhan Ekinci, Vorsitzender des Landeselternbeirates Hessen: Datenschutzfragen kommen zu kurz in der Diskussion. Foto: privat

Im hessischen Konzept ist auch Platz für „Bring your own device“. Das bedeutet, dass die digitalen Endgeräte den Schüler*innen gehören. Für dieses Konzept gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder kauft jede Familie ihren Kindern die Geräte selbst, oder die vom Land angeschafften Geräte werden den Kindern geschenkt. In beiden Varianten stellt sich die Frage, wie die Geräte dann noch gewartet werden! Wie wird verhindert, dass auf die Geräte Programme kommen, die da nicht drauf gehören? Was passiert, wenn die Kinder ihre Geräte beschädigen oder verlieren? Auch hier muss auf soziale Gerechtigkeit geachtet werden. Lehrmittel dürfen nicht zum Statussymbol werden. Wenn Tablets zu Lehrmitteln zählen, dann gilt auch hier die Lehrmittelfreiheit. Die Geräte müssen also den Schüler*innen kostenlos bereitgestellt werden!

Weiterbildung der Lehrkräfte

Wenn irgendwann alle Fragestellungen bei Soft- und Hardware gelöst sind, stehen wir noch vor der Herausforderung, dass die Lehrkräfte auch aus- und weitergebildet werden müssen. Dazu bedarf es ebenfalls einer Finanzierung, aber auch Zeit. Der Lehrkräftemangel in Hessen führt bereits ohne Digitalisierung zu Unterrichtsausfällen. Wir müssen aber unbedingt Lehrer*innen fortbilden, damit wir die digitalen Medien und vor allem auch Lehrinhalte in den Unterricht bringen können.

Nicht zuletzt müssen wir uns damit beschäftigen, wie vorhandener Unterricht durch den Einsatz digitaler Konzepte verbessert werden kann. Daneben werden wir in den kommenden Jahren auch neue Lehrfächer diskutieren. Bisher unbeantwortet bleibt auch die Frage, ab welchem Alter digitale Endgeräte überhaupt in der Schule sinnvoll sind.

Es bleibt also festzustellen, dass der Digitalpakt ein erster Auftakt einer langjährigen Arbeit ist. Gemeinsam – also Eltern, Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulträger und Politik – werden wir dafür arbeiten müssen, ein Umfeld und eine Schule zu erschaffen, die das Ziel hat, dass unsere Kinder zu mündigen, demokratischen und gut ausgebildeten Erwachsenen werden.



Engagement für den Arten- und Naturschutz

Autorin Silvia Nolte, Vorsitzende des SPD-OV Niestetal

Die SPD Niestetal beobachtet mit Sorge, wie sich Stein- und Schotterwüsten in den Vorgärten ausbreiten, sozusagen in Mode sind. Diese können sich im Sommer aufheizen und dadurch, dass unter den Steinen der Boden verdichtet wird und Folie verlegt ist, kann (fast) kein Regenwasser in den Boden dringen, was sich dann wieder auf das Grundwasser auswirkt.

Die Idee, unter dem Titel „Niestetals wertvollster Quadratmeter“, einen Wettbewerb zu installieren, kam von unserem Genossen Rory Brückmann (Dipl. Biogeograph). Im Vorstand wurde dann über die Vorgehensweise diskutiert. Uns war klar, dass wir noch Experten hin-

zuziehen sollten. Diese fanden wir beim NABU Kaufungen-Lohfelden. Der Termin der Auftaktveranstaltung war am 9. August 2019 im Niestetaler Rathaus. Auch mit dem „Hintergedanken“, anschließend auf dem Niestetaler Weinfest in geselliger Runde weiter zu diskutieren und Ideen zu sammeln.

In einem kurzweiligen Vortrag erklärte Rory, wie sich im Laufe der Zeit Strukturen verändert haben, die vielen nützlichen Insekten den Lebensraum genommen haben. Wir können die Zeit nicht mehr zurückdrehen, aber wir können Strukturen schaffen und Nahrung bereitstellen, um dem Artensterben entgegenzuwirken.

Das kann eine Trockenmauer in Form einer Kräuterspirale oder eines Hochbeetes mit ausreichend Zwischenraum sein, die dann von nützlichen Insekten, Reptilien und Amphibien besiedelt werden. Ist sie bepflanzt mit diversen Kräutern, freuen sich auch Schmetterlinge. Im Herbst kann man eine Ecke mit Schnittgut und Laub gestalten, die dann von Igel besiedelt wird. Im Sommer lassen sich Vogeltränken aufstellen. Der bienenfreundliche Blühstreifen darf nicht fehlen. Das Herstellen von Insektenhotels und Anbringen von Nistkästen sei hier auch noch zu erwähnen. Das kann oftmals mit kleinem Aufwand geschehen. Naturnahe Hecken bieten sowohl Nahrung als auch Verstecke für Wildtiere. Regionale Gehölze sind hier zu bevorzugen. Nahrung bereitstellen bedeutet: kein Gift im Garten, Düngen nur, wenn unbedingt erforderlich, dabei selber kompostieren und nicht unbedingt jede Woche Rasenmähen. Gartenachbarn können durch Kunststoffrohre Verbindungen für Igel schaffen, damit diese nicht am Gartenzaun scheitern.

Die eingereichten Objekte werden von den Experten, bestehend aus Rory Brückmann und Martin Lange (1. Vorsitzender NABU Kaufungen-Lohfelden), begutachtet und die besten Ideen bekommen Preise. Den Zeitraum haben wir auf ein Jahr angesetzt. In unserem Gemeindeblättchen werden wir immer wieder mit Artikeln darauf aufmerksam machen.



Krauterhochbeet in einer Trockenmauer

Fotos (2): Rory Brückmann

Landfrust? Landlust!

Den ländlichen Raum neu denken

Autor Frank Matiaske, Landrat Odenwaldkreis

Vor fünf Jahren hatte die Journalistin Antonia Baum mit ihrem Artikel in der FAZ über die „Odenwaldhöhle“ einen Aufschrei der Empörung ausgelöst. Sie berichtet von der Tristesse zwischen Leerstand und eternitverschindelten Häusern.

Dem Aufschrei folgte ein „Aufbegehren“, gerade von jungen Menschen: tolle Events, coole Aufkleber, flotte Klamotten, alle mit einem positiven Bezug auf die „Odenwaldhöhle“. Landfrust auf der einen Seite und ganz starke Landlust auf der anderen.

Damals war ich Bürgermeister einer kleinen Stadt und Teilnehmer eines Projektes zur Stadtentwicklung. Natürlich war der Artikel dort auch ein Thema. Erschreckt war ich von der Aussage anderer Bürgermeister*innen, die auch am Projekt teilnahmen: „das könnte so auch über unsere Region geschrieben sein“. Doch Landfrust?

„93 Prozent der Befragten in unserer aktuellen Zukunftsmonitor-Umfrage wünschen sich, dass sich die Landesregierung für die ländlichen Regionen einsetzt. Diese müssen stark und attraktiv bleiben.“ Dies verkündeten Hessens Ministerpräsident Bouffier

und sein Stellvertreter Tarek Al-Wazir im Dezember 2017. Das Magazin „Landlust“ ist eine der auflagenstärksten Publikationen Deutschlands. Matthias Horx, einer der renommiertesten Zukunftsforscher, stellte in seinem Zukunftsreport 2018 fest, dass sich „in den nächsten Jahren die Sehnsucht in Richtung Urbanität wieder umkehren wird – Dörfer, Kleinstädte und Regionen werden eine Renaissance erleben!“ und der Architekt Rem Koolhaas, einer der großen Vordenker der Metropolen, hat mit der Ausstellung „Countryside: Future of the World“ mehr als Aufsehen erregt.

Wie passt diese offensichtliche Landlust zu der Landflucht und der Diskussion um abgehängte Dörfer und Regionen?

Tatsächlich werden nach den aktuellen Prognosen zahlreiche Regionen in den kommenden Jahren Bevölkerung verlieren. Dies betrifft nahezu flächendeckend die neuen Bundesländer, aber auch große Regionen der alten Bundesländer, auch in Hessen. Betroffen sind nicht nur ländliche Gebiete, sondern insbesondere auch Regionen, in denen in den letzten Jahrzehnten ein Strukturwandel im industriellen Bereich stattgefunden



Frank Matiaske bei einem Impulsvortrag der Konferenz „Landräume“ am 04.09.2019

Foto: Kristof Lemp, Darmstadt

den hat. Bevölkerungsabwanderung löst einen Negativstrudel aus, der sich zunächst langsam, in der Folge aber immer schneller und deutlicher bemerkbar macht.

Ein aktuelles Beispiel zeigt, in welcher Zwickmühle sich in dieser Frage momentan Politik befindet: Minister Tarek Al-Wazir hat aufgrund der steigenden Wohnraumnachfrage im Rhein-Main-Gebiet die Idee des „großen Frankfurter Bogens“ aufgeworfen. In einer Entfernung von 30 Zugminuten rund um den Frankfurter Hauptbahnhof sollen 200.000 neue Wohnungen geschaffen werden. 200.000 neue Wohnungen bergen aber die Gefahr, dass damit die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten weiter zunimmt. Zudem sind die Bahnstrecken innerhalb dieses Radius' schon heute hoffnungslos überlastet, d.h. die Realisierung des Vorhabens bedeutet massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf der Schiene im südhessischen Ballungsraum, Investitionen, die in der Folge für die Verkehrsanbindung im ländlichen Raum wahrscheinlich fehlen werden.

Allerdings zeigen die Wanderungsstatistiken seit 2014, dass inländische Bevölkerung längst aus den Ballungsräumen in Richtung des Umlandes abwandert, wovon auch die ländlichen Räume profitieren können. Dieser Fakt kommt in der momentanen Diskussion um neuen Wohnraum in der Stadt zu kurz.

Um in Zukunft für Zuzügler, speziell aus dem Ballungsraum, attraktiv zu sein, muss sich der ländliche Raum allerdings verändern. Die aktuelle Studie „Urbane Dörfer“ beleuchtet Wohnprojekte, in denen junge Kreative und Digitale in den neuen Bundesländern aus den Ballungszentren in das Umland gezogen

sind. Bahnfahrten von einer Stunde werden hierbei akzeptiert. So gesehen würde auch der Odenwald zum „Großen Frankfurter Bogen“ gehören und man könnte die dortigen Wohnraumpotenziale nutzen. Diese Menschen suchen nicht nur das klassische Einfamilienhaus auf dem Land mit Grundstück im Grünen. Gefragt sind auch große Gutshöfe, leerstehende Fabriken, ehemalige Krankenhäuser und Schulen, in die man mit Gleichgesinnten, oftmals 50 bis 100 Menschen, ziehen kann. Diese Projekte sind eine Renaissance der „Landkommunen“ der 1970er Jahre und mit Erwartungen an einen Lebensstil verknüpft, der üblicherweise in der Stadt zu finden ist: Co-Working, Co-Housing, Co-Living, Co-Gardening und Co-Moving.

Der ländliche Raum hat deshalb heute die große Herausforderung, sich zukunftsfähig aufzustellen. Zwischen den Regionen wird es einen Wettbewerb um die Bewohner geben. Eine „erfolgreiche Provinz“ bringt das Ländliche mit dem Urbanen und die Tradition mit der Moderne zusammen. Dazu muss der ländliche Raum „neu gedacht werden“. Kreative Ideen und Handlungen können Dörfern und Kleinstädten einen Vorsprung in diesem Wettbewerb verschaffen.

Weitere Bildungsangebote der AfK Hessen

Webinare

15. Oktober 11 Uhr und 17.30 Uhr
Strategische Listenaufstellung
22. Oktober 11 Uhr und 16 Uhr
Kommunalpolitik visualisieren und erklären

Bildungsurlaub Kommunalpolitik

4. November 2019, 10:00 Uhr bis 8. November um 16:00 Uhr
Jugendherberge Bad Hersfeld, Lutherstraße 2, 36251 Bad Hersfeld

Bildungsurlaub Führung

11. November 2019 um 10:00 bis 15. November um 16:00 Uhr
Seminarhotel Odenwald, Am Dachstein 2, 64739 Höchst im Odenwald

Lust am Auftritt

16. November, 10:00 Uhr bis 17. November 2019, 1:00 Uhr
Verdi-Bildungszentrum, Schloßallee 33, 35075 Gladenbach

Anmeldung und Information: Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.
www.afk-hessen.de | Mail: info@afk-akademie.de | Telefon: 0611/ 360 117 6

Ländlicher Raum – Dörfer vor Städteflucht bewahren

24. Oktober 2019
18:00 bis 21:00 Uhr
Henriette-Fürth-Haus
Grünberger Straße 140
35394 Gießen

Weitere Seminare zum Thema
Ländlicher Raum sind
in 2020 geplant.